SÜDWESTECHO

"Führungsrolle nicht wahrgenommen"

Bei der zweiten Rheinbrücke steht der Karlsruher OB Frank Mentrup konträr zur Region

Von unserem Redaktionsmitglied Theo Westermann

Karlsruhe. Der Führungsanspruch der Großstadt Karlsruhe in der Region ist unbestritten. Mit rund 300 000 Einwohnern ist Karlsruhe politisch, wirtschaftlich und kulturell die Hauptstadt der Region. Dies drückt sich auch darin aus, dass der jeweilige Oberbürgermeister praktisch der geborene Vorsitzende der Technologieregion ist. Karlsruhe ist auch was die Verkehrssituation angeht, zentral für die Region. Symbol dafür ist die sanierungsbedürftige Rheinbrücke

Hager befürchtet "planerischen Nullpunkt"

wie die Debatte um den Bau einer zweiten Rheinbrücke. Und hier baut sich nach erfolgter Planfeststellung zur Zeit ein – auch personalisierter – Konflikt zwischen Stadt und Region auf.

Denn die Klage der Stadt gegen das Projekt haben die Sorgen in der Region über mögliche Folgen massiv verstärkt: Auf der einen Seite des Konflikts: Der Karlsruher Oberbürgermeister, der Sozialdemokrat Frank Mentrup. Er ist

Korrektur

In unseren Beitrag über den Infoabend des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur anstehenden Sanierung der Rheinbrücke bei Maxau hat sich der Fehlerteufel eingeschlichen. Die Bauzeit für die Brückensanierung beträgt natürlich nicht 20 Wochen, sondern 20 Monate. Mit erheblichen Einschränkungen beim Verkehr ist demnach auch nicht nur über einen Zeitraum von 14 Wochen, sondern von 14 Monaten zu rechnen.

zwar Vorsitzender der Technologieregion, steht aber in dieser Frage völlig konträr zur politischen Region und zur Wirtschaft. Er hat aber für seine Haltung eine Mehrheit im Gemeinderat hinter sich. Der Landkreis Karlsruhe, der Regionalverband sowie die Südpfalz und deren unterschiedlichen politischen Akteure fordern diese zweite Brücke seit Jahren. Auch die IHK, geführt vom Ba-

den-Badener Unternehmer Wolfgang Grenke, ansonsten dem OB als Sozialdemokrat parteipolitisch verbunden, kritisierte die Klage als Verzögerungstaktik.

Andere nahmen ebenfalls kein Blatt vor den Mund: ..Wir bedauern diese Entscheidung, mit der die Stadt auf Zeit spielt und damit ihre Funktion als Hauptstadt der Region negiert," kommentierte Verbandsdirektor Gerd Hager im vergangenen Dezember den Beschluss in der Fächerstadt. Nach der nun von Karlsruhe einge-Klage reichten stellt Hager pessi-

mistisch fest: "Wir ziehen am selben Strang – aber in entgegengesetzte Richtung," sagte er gegenüber den BNN. Wenn die Stadt mit ihrer Klage vor dem Verwaltungsgericht Erfolg habe, dann "sind wir wieder auf einem planerischen Nullpunkt", befürchtet Hager, sprich es gebe eine "Verzögerung um Jahrzehnte." "Dann muss etwa der Bundesverkehrswegeplan neu gemacht werden," meint Hager. Den von Karlsruhe immer wieder geforderten Anschluss an die B

36 sieht Hager damit auch aufs Eis gelegt. "Solange es eine Variantendiskussion bei der Brücke gibt, solange wird der Planungsträger auch mit der B36 nicht vorankommen."

Der Karlsruher Landrat Christoph Schnaudigel (CDU) sieht es so, dass die Stadt ihre "Führungsrolle in dieser Frage nicht wahrnimmt", allerdings verweist er diplomatisch darauf, dass man "Da sind halt dann doch alle wieder einzelne Chefs der Region", sagte er jüngst auf eine Nachfrage der BNN. Für ihn hat die große Zustimmung in der Region und in der Südpfalz zum gefällten Planfeststellungsbeschluss sowohl des Karlsruher Regierungspräsidiums wie der Mainzer Planungsbehörde damit zu tun, "dass die nun planfestgestellte Variante sich zu 100 Prozent auf dem



UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN vertreten IHK-Chef Wolfgang Grenke (links) und Karlsruhes OB Frank Mentrup, der auch Chef der Technologieregion ist, beim Thema zweite Rheinbrücke. Archiv-Foto: Jodo

in anderen Fragen wie beim ÖPNV, den Krankenhäusern oder Schulen gut miteinander zusammenarbeite. Doch in einer möglicherweise erfolgreichen Klage sieht auch Schnaudigel Sprengstoff für das regionale Gefüge: "Das hieße dann – keine Brücke auf ewig." OB Mentrup reagiert auf die Kritik aus der Region gerne mit einer gewissen ironischen Schärfe. Nämlich dann, wenn er gefragt wird, ob dieser Konflikt mit seiner Position als "Chef" der Region vereinbar ist.

Stadtgebiet abspielt." Die Brücke soll 1,5 Kilometer nördlich der bestehenden Brücke gebaut werden.

Aber auch ohne Rheinbrücke ist das Verhältnis in der Technologieregion zur Zeit nicht ganz konfliktfrei, wie zu hören ist. Bei der Neuaufstellung dieses Zusammenschlusses von Kommunen, Landkreisen, Institutionen sieht manch Kommunalpolitiker in der Region die Karlsruher Dominanz in Personalfragen kritisch.

Form des Erinnerns

Stuttgart (dpa/lsw). Nach der Kritik des AfD-Politikers Wolfgang Gedeon an "Stolpersteinen" hat sich der AfD-Landesverband von dessen Äußerungen distanziert. Diese stellten Gedeons persönliche Meinung dar und repräsentierten in keiner Weise die Position der Partei, teilte ein Sprecher mit. "Der Landesvorstand Baden-Württemberg erachtet die "Stolpersteine" für eine eindrückliche Form des Erinnerns an die Verbrechen des nationalsozialistischen Unrechtssystems."

Der Landesverband reagierte damit auch auf eine Stellungnahme des Internationalen Auschwitz Komitees, das die rechtspopulistische Partei nach Gedeons Äußerungen scharf angegriffen hatte. Der Vize-

AfD distanziert sich von Gedeon-Aussage

präsident des Komitees, Christoph Heubner, hatte am Montag gesagt: "Die AfD bekämpft immer brachialer und skrupelloser, was die Überlebenden von Auschwitz als Zeitzeugen in der deutschen Gesellschaft bewirkt haben." Diese werteten Jargon und Inhalte der "schäbigen Botschaften" als persönliche Angriffe. Die AfD nehme die Antisemitismus-Vorwürfe mit großem Bedauern zur Kenntnis und weise sie entschieden von sich, teilte der Landesvorstand mit. Gedeon hatte ein Ende der Stolperstein-Aktionen gefordert. "Es gibt angemessenere Arten des Gedenkens im Rahmen von Gedenkstätten, von denen wir hier genügend haben", schrieb der 70-Jährige an den Oberbürgermeister und den Gemeinderat der Stadt Singen. Stolpersteine werden seit vielen Jahren deutschlandweit verlegt. Sie erinnern an die Opfer der NS-Herrschaft.